

## Die unbewältigte Migrantenwelle

(Juli 2015)

Was wir derzeit mit den Flüchtlingen aus dem Nahen Osten, aus Osteuropa und aus Afrika erleben, ist vermutlich erst der *Anfang* einer noch ansteigenden Migrantenwelle. Syrien und Irak befinden sich in einem politischen, religiösen und gesellschaftlichen Chaos. Bashar al Assad ist ein Diktator, der ohne jegliche Rücksicht seine Macht erhalten will; der Irakkrieg hat der Feindschaft zwischen Sunniten und Schiiten zum Ausbruch verholfen; in beiden Ländern nistet sich mit äußerster Brutalität der „Islamische Staat“ ein und bedroht und mordet alle, nicht nur Christen. Flucht ist in diesen Ländern der einzige Ausweg für die Bevölkerung. Ähnlich ist es für Eritreer, die einem Unrechtsstaat ausgeliefert sind, der gleich nach Nordkorea rangiert. Ein Ende ist in keinem Fall abzusehen.

Hinzu kommt, dass die Jugend im Nahen Osten und in Afrika in Hoffnungslosigkeit lebt. Die Jugendlichen machen den größten Anteil an der Bevölkerung aus. Sie brauchen und suchen Lebensmöglichkeiten – und drängen nach Europa. Dank des unkontrollierten Bevölkerungswachstums steigt die Zahl der Jugend; das lässt kein Ende des Drangs nach Europa absehen, immer mehr junge Leute werden nach Europa streben.

Mit der Entwicklungshilfe hat der Westen über fünfzig Jahre lang gepredigt, wie 'richtiges' Leben funktioniert und auszusehen hat. Denn Entwicklungshilfe hieß: Ihr müsst werden wie der Westen; Rorty, amerikanischer Philosoph, formuliert eindeutig: „Unser Ziel sollte es sein, den Planeten zu verwestlichen.“ Damit drückt er eine weit verbreitete Einstellung aus – „West is best“. Die logische Folge für Bedrängte ist, dorthin zu gehen, wo es bekanntermaßen am besten ist. Werden wir die Geister, die wir mit der Entwicklungshilfe riefen, nun nicht mehr los? Über Medien, Kommunikationsmittel und Werbung wird zusätzlich den Bedrängten vorgeführt und sichtbar gemacht, wo das bessere, lebenswerte Leben ist. Dorthin strebt ein Bedrängter.

Verzweifelt versuchen die Europäer, die Flüchtlingswelle einzudämmen. Ihre Maßnahmen gleichen dem Ausschöpfen von Wasser in einem lecken Schiff. Sie sind nicht in der Lage, das Leck zu schließen. Es handelt sich um oberflächliche *Notmaßnahmen*, um *Reaktionen* auf eine Sturmflut: Zäune, Gesetze, Schiffe im Mittelmeer, Bekämpfung der Schlepper, Notunterkünfte, Asylverfahren, Verteilungsquoten, Abschiebung, mehr Geld hier oder dort... Mit Recht wird gefordert, etwas gegen die *Verursachung* der Migration zu unternehmen, also das Leck zu schließen. Das würde zuallererst bedeuten, die Ursachen zu *verstehen* – etwa dass der Westen die irakische Flüchtlingswelle mit dem Irakkrieg losgetreten hat; dass Russland Bashar al Assad von Syrien gestützt hat, bis in diesem Land nichts mehr zu retten ist und deshalb der UN-Sicherheitsrat versagt hat; dass der Westen nicht fähig war und ist, mit dem Islam in ein konstruktives Gespräch zu treten, und dass gleichzeitig die Islamisten dazu nicht bereit sind; dass in Eritrea ein Diktator ein unmenschliches Regime errichtet hat; dass Afrikaner Rechtlosigkeit, Armut und Hoffnungslosigkeit fliehen. Doch dies sind nur die verursachenden Verhältnisse in den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Das gibt noch keine Antwort darauf, was zu tun sei, um Menschen von der Flucht abzuhalten. Angesichts der erwähnten Ursachen ist Europa macht- und hilflos. Oder ist Europa in der Lage, die Taliban, IS, al Assad oder Afewerki zu Menschlichkeit zu bekehren? Oder rivalisierende Gruppen in Libyen zu versöhnen? Oder afrikanische Diktatoren zu

veranlassen, Verantwortung für ihre Bevölkerung zu übernehmen? 'Entwicklung' wurde in Afrika seit über fünf Jahrzehnten versucht, offensichtlich ohne den afrikanischen Flüchtlingsstrom verhindern zu können. Wer also an 'Entwicklung' denkt, um das Leck im Schiff zu schließen, anstatt nur Wasser zu schöpfen, der müsste 'Entwicklung' und 'Entwicklungshilfe' neu definieren.

Das Argument, dass 'Wirtschaftsflüchtlinge' kein Asyl bekommen dürfen, ist zynisch angesichts der Situation der Bedrängten. Wer buchstäblich nichts zu essen hat, keine Arbeit findet, in einer dunklen Blechhütte haust, die ein Europäer nicht einmal betreten würde, wer Schikanen und Brutalität der Behörden einschließlich der Polizei rechtlos ausgeliefert ist, der sammelt Geld von Familie und Freunden, um einen Schlepper zu bezahlen, verlässt Familie und Heimat, riskiert sein Leben. Welche Rechte hat so jemand, Rechte, die wir als 'Menschenrechte' deklarieren? Für wen gelten jene Rechte? Für den Westen? Asylbewerber abzulehnen, weil sie 'Wirtschaftsflüchtlinge' sind, übersieht ihre Not und den daraus folgenden Verlust ihrer Menschenrechte. Der Westen, allen voran die USA, mischt sich in andere Länder (angeblich) ein, weil dort die Menschenrechte verletzt werden. Aber wir sind nicht bereit und in der Lage, die unkalkulierten Folgen davon auf uns zu nehmen und die Menschenrechte von Fremden hier im Westen zu respektieren. Ist dies nun ein Plädoyer dafür, alle aufzunehmen, die auf abenteuerliche Weise nach Europa kommen? Übersieht dies nicht auch den Missbrauch der bestehenden Hilfsbereitschaft und eines existierenden Asylrechts? Zweifellos muss Missbrauch strikt abgewehrt werden. Doch wenn man aus humanitären Gründen absolute Armut als Asylgrund zulässt, dann zeigt sich auf noch drastischere Weise in welcher Bringschuld sich Europa – aus humanitären Gründen – befindet. Die Aussicht, die Migrantenvelle zu bewältigen, schwindet noch mehr. Denn – ich wiederhole – wir erleben erst ihren Anfang, und sie wird noch weiter anschwellen. Und wir sind nicht in der Lage, ihre Ursachen zu verhindern.

Die Flüchtlinge erleben einen zwiespältigen Empfang in Europa: Bürokratie und Notbehelfe, offene Ablehnung, aber auch private Hilfsbereitschaft. Immer geht es um einen Ausdruck der jeweiligen Gesellschaft. Politiker geben Gesetze und Vorschriften vor, stellen Geld bereit oder auch nicht; die Verwaltung versucht, das Beste damit zu machen beim unmittelbaren Ansturm von Flüchtlingen. Mit welchem Verständnis und mit welcher Bereitschaft der einzelne Verwaltungsbeamte dabei handelt, hat mit seiner Position innerhalb der Gesellschaft zu tun, mit seiner Fremdenfeindlichkeit oder -freundlichkeit. Politiker widersprechen sich gemäß ihrer Parteizugehörigkeit und deren Einstellung zu Fremden. Es ist ein eigenartiges Phänomen, dass die vormaligen Ostblockstaaten sich besonders ablehnend gegenüber Flüchtlingen zeigen, allen voran Ungarn. In Deutschland sind es die Länder im Osten. „Pegida“ etablierte sich zuerst in Dresden. Hat dies etwas mit ihrer Sozialisation im Sowjetblock zu tun? Dennoch, Fremdenfeindlichkeit ist überall anzutreffen. Auf der anderen Seite gibt es willige private Helfer. Allein in Bayern gibt es 59 Helferkreise; der von Grasbrunn-Vaterstetten zählt 235 private Helfer. Das repräsentiert einen anderen Teil der deutschen Gesellschaft, der verständig für die Lage der Flüchtlinge ist und aus humanitären Beweggründen offen auf Flüchtlinge zugeht.

Ablehnung von und Offenheit gegenüber Migranten verbindet eine Unwissenheit über ihre geistige, kulturelle, religiöse Herkunft. Aber das Fremde, Fremdartige, mag Furcht erregen und abstoßen; und es kann Offenheit und ein Mitfühlen anregen; man kann sich dem gemeinsamen Menschlichen verschließen, oder man mag sich von menschlicher Not berühren lassen. Wir vergessen wohl zu oft, dass wir – Europäer,

Deutsche – einem Syrer oder Nigerianer genauso fremd, seltsam, unverständlich vorkommen wie er uns. Die Fremdheit und Befremdung gibt es auf beiden Seiten. Schon aus diesem Grund gibt es keinen Anlass, dass wir uns überlegen wöhnen. Aber gleichzeitig sind wir herausgefordert, eine Balance zu finden zwischen gegenseitigem Respekt und der Bewahrung unserer eigenen Werte. Wir dürfen und müssen Deutsche bleiben und sollen *als solche* dem Fremden Raum geben. Es wäre falsch, uns selbst und unsere Werte aufzugeben. Vermutlich *wissen* Afrikaner und Araber mehr über den Westen als wir über sie. Das ist eine Folge der Kolonisation, der Entwicklungshilfe, der Medien usw. Aber die gegenseitige Fremdheit, das Nichtverstehen bleibt. Und wir dürfen nicht *unsere* Fremdheit für die Anderen vergessen; auch wir sind für sie 'seltsam'. Diese Einsicht stellt unsere Vorurteile in Frage und bringt uns mit den Fremden auf dieselbe Stufe.

Der humanen Katastrophe, die Flüchtlinge erleben, kann nicht bürokratisch mit Gesetzen allein begegnet werden. Es bedarf neben dem legalen Handeln auch ein humanes Handeln. Dies kann im öffentlichen Raum – zum Teil – durch Gerichte geleistet werden; denn ein Richter hat einen Entscheidungsspielraum im Hinblick auf individuelle Situationen. Der Verwaltungsbeamte, der die Gesetze und Regelungen für Asylbewerber anwenden muss, ist humanitär überfordert. Doch es gibt in der deutschen Bevölkerung durchaus die Bereitschaft, den Migranten helfend entgegenzukommen. Das ist Ausdruck einer westlichen Humanität und Verantwortung. Diese vermessen wir bei den erwähnten Herrschern im Nahen Osten und in Afrika, aber auch in den dortigen Medien. Während das Entsetzen in Europa groß ist angesichts Tausender, die im Mittelmeer ertrinken, scheint das in Afrika oder im Nahen Osten niemand zu berühren. Damit kehren wir zurück zu den Ursachen der Migrantenwelle, die nicht beseitigt werden, solange der Arme und der Unterdrückte keine humane Aufmerksamkeit in jenen Ländern finden.

Es gibt wohl im Augenblick keine realistische Perspektive, wie der Strom der Flüchtlinge nach Europa angehalten werden könnte, es sei denn, die europäischen Länder würden sich radikal verbarrikadieren, ohne sich darum zu kümmern, was mit den flüchtenden Menschen in ihren Herkunftsländern geschieht. Das aber ist nicht die Einstellung der meisten europäischen Länder. Sie praktizieren ein Asylrecht; dieses beruht auf einer humanen Verantwortung. Wie der Hinweis auf 'Wirtschaftsflüchtlinge' zeigt, ist nicht geklärt und es besteht keine Einigkeit, wie weit die humane Verantwortung gehen muss. Die Berufung auf die Kriterien des Asylrechts erlaubt es Politik und Verwaltung, die Migrantenwelle im Sinne des Notbehelfs zu bewältigen. Humanitäre Aspekte darüber hinaus werden nicht zugelassen. Sehen wir einmal von der Alltagsproblematik ab, wie die anstürmenden Flüchtlinge 'verwaltet' werden können, und betrachten wir das Verhältnis Europas mit den betroffenen Ländern insbesondere Afrikas. Dieses war weitgehend geprägt von Kolonialismus und Entwicklungshilfe. Im Prinzip sollten die 'unterentwickelten' Länder 'verwestlicht' werden, wie Rorty es klar ausdrückt. Es war seit langem eine Frage, wie die Angleichung ihres Lebensstandards möglich sein sollte, ohne den Lebensstandard der 'entwickelten' Länder zu beeinträchtigen. Möglicherweise ist derzeit genau dies im Gange, dass nämlich die reichen Länder von ihrem Reichtum abgeben müssen, dass also die Angleichung des Lebensstandards auch in Richtung derer geht, die als Flüchtlinge eintreffen.